



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

γ.: Schwaben und der Handelsvertrag : aus Süddeutschland.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Schwaben und der Handelsvertrag.

Aus Süddeutschland.

Als vor etwa zwei Jahren in Württemberg die Entscheidung wegen des Concordats bevorstand, wunderten sich Fernerstehende über die anscheinende Gleichgiltigkeit, in welcher das schwäbische Volk fast bis zum letzten Augenblick verharrete, als ob es die große Bedeutung dieser Entscheidung nicht verstände und ruhig über sich ergehen lassen wolle, was ein reactionäres Ministerium im Bunde mit Rom eingeleitet hatte. Diese Apathie war um so auffallender, als kurz vorher der energische Kampf des badischen Volkes gegen die Uebereinkunft mit Rom siegreich geendet hatte, als Verordnungen des Ministeriums bereits auf dem Verwaltungswege das Concordat theilweise ins Leben zu führen begonnen hatten, und endlich das Votum des Abgeordnetenhauses noch keineswegs mit Bestimmtheit sich voraussehen ließ. Haben Sie Geduld — wurde von den schwäbischen Wortführern entgegnet — Sie kennen das schwäbische Volk noch nicht; es ist langsam, aber dafür um so beharrlicher, wenn es eine Sache ergriffen hat; es erhibt sich nicht im Voraus unnöthiger Weise, aber im rechten Augenblick wird es mit aller Energie seinem Willensausdruck Geltung verschaffen. Und richtig, es war so. Wenige Wochen nur vor dem Zusammentritt der Stände wurde die Agitation gegen das Concordat eingeleitet, aber diese wenigen Wochen reichten hin, um sie so consequent zu leiten und zu solcher Bedeutung anschwellen zu lassen, daß das entscheidende Votum der Kammer, das wesentlich unter dem Druck dieser mächtigen Volksstimmung zu Stande kam, nur als dessen natürlicher Ausfluß erschien und die Regierung es nicht wagen konnte, den lauten Wünschen der Bevölkerung sich länger entgegenzusetzen.

Nicht so bewährte sich jene Theorie in der Frage des Handelsvertrags. In tiefer Gleichgiltigkeit verharrete das schwäbische Volk nicht bloß, als anderwärts lebhaft hin und wider verhandelt wurde, als anderwärts sich eine feste Meinung bildete, sondern auch als die Folgen, welche das Verhalten der einzelnen Regierungen nach sich ziehen mußte, bereits klar sich übersehen ließen. Es war zu spät, als es endlich aus seiner Apathie zu erwachen begann. Die eigene Regierung hatte, jenes Verhalten der Bevölkerung trefflich benutzend,

ihre Entscheidung getroffen, die Schritte waren bereits geschehen, welche die Erhaltung des Zollvereinsbandes in Frage stellen.

Die Parallele hinkt freilich insofern, als die Concordatsfrage eine überaus populäre Seite für die Agitation bot, in dem protestantischen Altwürttemberg mehr als anderswo. Außer der Presse standen die Kanzeln zu Gebot, zudem gingen die verschiedenen Parteien hier Hand in Hand. Der Handelsvertrag dagegen, wie er zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossen war, erschien im Anfang als etwas Fremdes, als ein weitaussehendes Project, von dem das eigene Land zunächst nur wenig berührt werde; aber gerade der Mangel der Erkenntniß, daß der Handelsvertrag zugleich eine Existenzfrage des Zollvereins sei, war die grobe Täuschung, in der man allzulange befangen war. Spät erst sah man ein, wie unmittelbar wichtig die ganze Frage für das eigenste Interesse war, und wie sehr man durch die bisherige Theilnahmlosigkeit selbst dazu beitrug, eine Krise heraufzuführen, welche in ihrer Art ebenso empfindliche Folgen haben kann, als es auf einem andern Gebiete eine längere Gleichgiltigkeit dem Concordat gegenüber haben mußte.

Daß die überwiegende Mehrheit in Schwaben dem Vertrag abhold ist, steht ebenso fest, als daß es nur eine kleine Zahl ist, welche sich ihrer Gründe hierfür bewußt ist. Widerstandlos konnte sich diese Stimmung gegen den Vertrag befestigen, aber bloß, weil im Anfang die öffentliche Meinung durch eine Taktik der Gegner förmlich überrumpelt worden war, die ihnen nur allzu gut gelang.

Das Terrain fanden sie allerdings schon aufs wünschenswertheste vorbereitet. Die Schutzzolltendenzen haben hier ihre alte Heimath, und Herr von Kerstorf wußte wohl, warum er Stuttgart zur Metropole seines Vereins für deutsche Industrie erkor. Noch stehen die Bestrebungen Friedrich List's in unbestrittenem Ansehen und wirken nach, obwohl das, was List erstrebte, die Heranbildung einer concurrenzfähigen Industrie, bereits erreicht ist. Der Buchstabe lebt fort, aber wahrlich ohne den Geist des unermüdligen Agitators, der den Satz von Adam Smith, daß die Vermehrung des Tauschhandels einer Nation mit der andern den Reichthum beider Nationen vermehre, als eine Grundwahrheit bezeichnete, der selbst am meisten den Werth der Ausdehnung des Absatzgebiets für die Industrie anerkannte, und der durch sein Wirken für die Aufhebung der Zollschranken innerhalb Deutschlands selbst einen mächtigen handelspolitischen Fortschritt angeregt hat. Daß das verhältnißmäßig rasche Aufblühen namentlich der Baumwollenindustrie wesentlich durch den Zollschutz ermöglicht wurde, ist der einzige Gedanke, den man allerdings am wenigsten den Schweizern verdenken kann, welche, nach eigenem Geständniß durch den Zollschutz angelockt, sich in Menge in Schwaben angesiedelt haben, und die begreiflicher Weise an diese Dividendengarantie sich so lange als möglich anklammern. Es

kommt dazu die abgeschlossene binnenländische Lage des Landes, die Entfernung vom großen Welthandel, welche den Sinn für weitere Verhältnisse nicht aufkommen läßt, ja ein natürliches Mißtrauen gegen alles Niederreißen von Schranken erzeugt, hinter welchen man sich am liebsten recht behaglich unter sich abschließen möchte. — Ist es doch die Ansicht eines bekannten, als volkswirtschaftliche Autorität geschätzten Mannes, daß die Tariffäge noch viel zu niedrig seien, desselben, der mit dem Namen Verräther sogar diejenigen bezeichnen soll, welche selbst nach dem Abschluß der Zolleinigung mit Oestreich überhaupt an Handelsverträge mit dem Ausland denken! Steht auch ein solches Extrem ziemlich vereinzelt, so zeigt doch die ganze Geschichte des Zollvereins, wie festgewurzelt die schutzöllnerischen Tendenzen nicht bloß in den süddeutschen Regierungen, sondern auch in den süddeutschen Bevölkerungen stecken. Es ist noch in Aller Gedächtniß, welcher Widerstand in Württemberg schon dem Abschluß des Zollvereins — allerdings aus verschiedenen Gründen — gerade von Seiten der liberalen Partei entgegengesetzt wurde. Nicht Alle mögen wohl heute an die Abstimmung vom 18. Nov. 1833 erinnert werden!

Doch die schutzöllnerischen Motive waren nicht die einzigen, nicht einmal die hauptsächlichsten, mit welchen die Gegner des Vertrags operirten, indem sie die einzelnen Punkte desselben bekämpften. Fehlte es doch nicht an solchen, welche abwechselnd sich aufs hohe Ross der Wissenschaft setzten und vom Standpunkte des Freihandels, zu dem sie sich im Princip bekannten, die Mängel des Vertrags ins Licht setzten. Aber alles das waren keine Punkte, mit denen man eine populäre Agitation machen oder vielmehr die große Menge der Bevölkerung in den Schlummer einer octroyirten Meinung wiegen konnte. Hierzu bedurfte es einfacherer und verständlicherer Mittel, und diese waren schon damit gegeben, daß es ein Vertrag war, den Preußen mit Frankreich abgeschlossen hatte.

Man durfte nur die Nachwirkungen des Jahres 1859 benutzen, die Phrasologie aus jener Zeit wieder auffrischen und auf das handelspolitische Gebiet übertragen, und die projectirte Tarifreform war zu einem Verrath an den deutschen Interessen, zu einer Preisgebung der vaterländischen Industrie an die Ausbeutung durch das hungrige Welschland geworden. Noch weiter gingen bekanntlich unsre biedern Nachbarn an den kunstgeschmückten Ufern der Tsar, welche sogar den Untergang deutscher Kunst und Wissenschaft durch die herandrängende französische Cultur als unmittelbare Folge des Handelsvertrags in sichere Aussicht stellten. Die Selbständigkeit Deutschlands dem Erbfeind gegenüber stand auf dem Spiel, — dies war die Parole; es galt ein nationales Interesse, für das man mit allen Kräften eintreten mußte. Daß Preußen den Vertrag abgeschlossen hatte, war nur um so schlimmer. Denn nun konnte man überdies die herrschende Abneigung gegen diesen Staat benutzen, und man nahm keinen

Anstand diese zu steigern, indem man die Rücksichtslosigkeit Preußens gegen seine Verbündeten, sein eigenmächtiges Verfahren, seine Mediatirungsgelüste in das grellste Licht stellte. Der Art. 31 des Vertrags gab noch zu besonderen Verdächtigungen Anlaß, und wenn man es nicht geradezu aussprach, so waren doch die Andeutungen verständlich genug, um eine urtheilslose, ohnedies gegen Preußen mißtrauische Bevölkerung zu dem Argwohn aufzustacheln, es handle sich einfach um ein politisches Abkommen zwischen Frankreich und Preußen auf Kosten Oestreichs und des übrigen Deutschlands.

So mannigfaltig und widerspruchsvoll die Elemente dieser Polemik waren, so wirkte sie doch gerade durch die künstliche Vermengung dieser Gesichtspunkte. Wer an die politischen Gespenster nicht glaubte, der wollte doch nicht unempänglich sein für die Gefahren, welchen die deutsche Industrie entgegenging, und wer in dieser Beziehung freier sah, wollte wenigstens kein schlechter Patriot sein. Wer aber diese ganze theils offen schuzzöllnerische, theils in das Gewand eines tugendhaften Patriotismus gekleidete Agitation durchschaute, — der schwieg. Denn so mit einem Schlage hatten jene Stimmen von der öffentlichen Meinung Beschlag genommen, daß in der anfänglichen Verblüffung Niemand zu widersprechen wagte. Als die einstimmige Meinung Süddeutschlands kündigten sie sich mit Emphase an, und die Erfahrung gab ihnen nur allzulange recht. Nachdem sie schon damals, als die Verhandlungen wegen des Vertrags noch geheim geführt wurden, denselben verdächtigt hatten, warteten sie nur dessen Veröffentlichung ab, um die längst bereite Ladung ihrer Geschütze abzufeuern. So ward es ihnen leicht, die öffentliche Meinung zu betäuben, bevor sich ein ruhiges Urtheil bilden konnte. Zunächst bemächtigte man sich der Pressorgane. Von der übrigen süddeutschen Presse zu schweigen, ließ sich unerklärlicher Weise auch der Schwäbische Merkur, das einflussreichste Blatt in Schwaben, sofort gegen den Vertrag engagiren, was um so größeren Eindruck machte, als es ein liberales und zugleich in inneren Fragen äußerst behutsam vorgehendes Blatt ist. Ein Gleiches war mit dem Beobachter, dem Organ der Demokratie, der Fall, welches namentlich den Haß gegen Preußen ausnützte. Unter dem frischen Eindruck dieser Agitation wurden dann die Requisitionen vorgenommen. In weiteren Kreisen ist namentlich das Gutachten der Stuttgarter Handelskammer bekannt geworden, dem ein Gutachten der Minorität zu Gunsten des Vertrags sich entgegenstellte, welches nur drei Stimmen für sich gewann. Auch wo unverkennbar eine dem Vertrag im Allgemeinen günstige Ansicht waltete, wie z. B. in dem Gutachten der Heilbronner Handelskammer, wurde sie so verclausulirt und mit Bedenlichkeiten gespickt, daß sich die Gegner gerade so gut darauf berufen konnten. Unter dem Druck dieser Agitation endlich faßte auch die Regierung ihre Entschlüsse, nicht ohne langes Zögern und mancherlei Schwankungen. Aber sie konnte sich, indem sie Herrn v. Delbrück unverrichteter

Dinge wieder heimziehen ließ und schließlich ihre Ablehnungsnote absandte, allerdings, wenn sie auch formell nicht dazu berechtigt war, auf die allgemeine Stimme des Landes stützen. Sie hätte sich vergeblich im Lande nach irgend einem Anhaltspunkte umgesehen, wenn sie dem Beitritt zum Vertrag geneigt gewesen wäre. Nur für die ungezwungene Sprache, in welche Herr v. Hügel die Ablehnung kleidete, trug dieser allein die Verantwortung, und die französischen Blätter raubten dem Verfasser ein ihm allein gehöriges Verdienst, wenn sie die Note jener „rauben Ursprünglichkeit“ zuschreiben wollten, welche nach ihrer Meinung den schwäbischen Stamm unter seinen Brüdern besonders auszeichne.

Aber während man sich so in den vier Pfählen der engeren Heimath in dem patriotischen Bewußtsein gefiel, durch Ablehnung des „Franzosenvertrags“ ein großes Unheil vom deutschen Vaterland abgewendet zu haben, kam aus den übrigen Vaterländern eine Kunde um die andere, welche denn doch allmählig stutzig machen und den dicken Panzer der Selbstgerechtigkeit einigermassen erschüttern mußte. Es erfolgte die fast einstimmige Annahme im preussischen Abgeordnetenhaus, vor dessen politischer Haltung man im Uebrigen ganz besonderen Respect hatte, die Zustimmung des Herrn v. Beust, der sicher nicht aus Freundschaft für Preußen dessen Schritte billigte, die der Abgeordnetenkammer des sächsischen Landes, dessen Industrieverhältnisse am meisten Aehnlichkeit mit den eigenen hatten. Die Meinungsäußerungen aus ganz Nord- und Mitteldeutschland, aus dem benachbarten Baden konnten nicht ohne Wirkung bleiben; mit einiger Beschämung ward man gewahr, daß man mit — Bayern allein stand, daß zu zwei Dritteln sich der Zollverein bereits für den Vertrag erklärt hatte, und daß wo andere Regierungen ablehnten, dies nur aus politischen Gründen geschah. Aber auch die betheiligten Industriellen schienen zur größten Verwunderung im übrigen Deutschland ganz anders zu denken. Erklärten doch die Spinner zu Chemnitz am 26. Mai, daß sie sich durch Schutzzölle nicht in Unthätigkeit wiegen lassen wollten, und am folgenden Tag fand jene kolossale Niederlage des Herrn v. Kerstorf zu Frankfurt a. M. statt, wo aus den einzelnen schutzzöllnerischen Branchen-Congressen das große Facit gezogen und der Hauptschlag gegen den Handelsvertrag geführt werden sollte, ein Schlag, der bekanntlich empfindlich auf das Haupt der Schutzzöllner zurückfiel.

Jetzt machte Herr von Kerstorf seinen letzten Versuch, indem er die Agitation, die auf dem Boden des Zollvereins gescheitert war, nach Oestreich verpflanzte, wo sie vom Grafen Rechberg dankbar acceptirt und in die Hand genommen wurde. Auf Grundlage einer Denkschrift, welche Herr v. Kerstorf dem Grafen Rechberg eingereicht hatte, erklärte dieser in der Note vom 10. Juli, gestützt auf das aus dem Februarvertrag hergeleitete Recht, den Willen Oestreichs, in den Zollverein einzutreten. Damit war die letzte Karte ausgespielt.

Obwohl die politische Absicht dieses nur auf die Vereitelung des Handelsvertrags gerichteten Schrittes auf der Hand lag — denn noch in den Noten vom 15. Sept. v. J. und vom 7. Mai d. J. hatte Graf Rechberg am Schutzollsystem festgehalten und erklärt, daß der völligen Einigung Oestreichs mit dem Zollverein unübersteigliche Hindernisse im Wege stehen — obwohl also das Mittel ein völlig verzweifeltes war, so war es doch gerade auf die süddeutschen Bevölkerungen vortrefflich berechnet. Es traf hier auf ein Publicum, in welchem die großdeutsche Phrase nie ihre Wirkung ganz verfehlen wird, und hier, wo die Alternative lautete: Vertrag mit Frankreich oder Zolleinigung mit Oestreich, also ein Abkommen mit dem Erbfeind oder enger Anschluß an den Bruderstamm, da schien kein Zweifel mehr möglich zu sein. Aber damit hatte die gegen den Handelsvertrag gerichtete Bewegung auch ihren Höhepunkt erreicht. Gerade die mit Händen zu greifende Einmischung politischer Motive, welche bei den Einigen versing, mußte Andere um so vorsichtiger machen. Die Aufnahme, die der Vertrag im übrigen Deutschland gefunden, veranlaßte, sich doch genauer den Wortlaut der Bestimmungen anzusehen und ihre Tragweite unbefangener zu prüfen. Es galt bald nicht mehr für so unbedingt keckerisch, wenn man schüchtern einiges Vortheilhafte am Handelsvertrag hervorhob, wenn man auf die in Aussicht stehende Erweiterung des Absatzgebiets hinwies, oder sich einige bescheidene Einwendungen gegen die Zolleinigung mit Oestreich erlaubte, an die Valutaverhältnisse, an das Tabakmonopol im Kaiserstaate erinnerte und z. B. die Vermuthung aussprach, daß für unsere inländische Weinproduction die östreichische Concurrenz leicht gefährlicher sein könnte, als die französische. Solche, die bisher sich in vorsichtiges Schweigen gehüllt, wagten es allmählig, sich als gemäßigte Freunde des Vertrags zu bekennen, noch nicht öffentlich, aber im Freundeskreise; man wich einer Discussion nicht mehr so ängstlich aus. Ja man erfuhr jetzt, daß ganz in der Stille eine Reihe von politischen Autoritäten des Landes, und namentlich die Führer der Fortschrittspartei, ihr Urtheil zu Gunsten des Vertrags sich gebildet hatten. Gustav Müller, der Verfasser des Minoritätsgutachtens der Stuttgarter Handelskammer, stand nicht mehr so verlassen mit seinen heterodoxen Gesinnungen, die er zuerst öffentlich auszusprechen gewagt. Ja es verlautete, daß auch ein hervorragender und in solchen Fragen vorzugsweise kompetenter Regierungsbeamter, der Director der Centralstelle für Handel und Gewerbe, Dr. Steinbeis, ob er gleich vorsichtig sich fast die ganze Zeit über in London hielt, gleichwohl seine Meinung entschieden zu Gunsten des Vertrags abgegeben habe, nicht bloß persönlich, sondern auch in dem Gutachten, zu welchem sein Bureau von der Regierung aufgefordert worden war. Endlich aber begann auch in der Presse eine Discussion, welche — spät genug — auch die andere Auffassung zum Wort kommen ließ und zu einer unbefangenen Würdigung der ganzen Streitfrage beitrug. Ohnedies hatte seit den ersten preußischen Notcn,

welche die Auflösung des Zollvereins als Folge der Weigerung, den Vertrag anzunehmen, in Aussicht stellten, die Sorge um Erhaltung dieses Bundes alles Andere als nebensächlich in den Hintergrund zu drängen begonnen. Mehr und mehr konnte man Stimmen hören, die etwa dahin sich aussprachen: Der Vertrag ist ein zweifelhafter Gewinn, aber die Erhaltung des Zollvereins das erste Interesse, dem auch die Wünsche in jener Beziehung zum Opfer zu bringen sind, die Regierung aber hat durch ihr einseitiges Vorgehen gerade auf die Zerreißung des Zollvereins hingesteuert.

Es soll nicht behauptet werden, daß eine Umstimmung der öffentlichen Meinung zu Gunsten des Vertrags stattgefunden hat. Wohl aber machte sich allmählig eine nüchterne, besonnene Auffassung geltend. Hätten die Anstrengungen welche erst in der letzten Zeit für den Handelsvertrag hervorgetreten sind, sich schon im Anfang vorgewagt, so wäre zwar schwerlich das Land in seiner Mehrheit für denselben gewonnen worden, aber es wäre eine sehr respectable Minderheit gleich Anfangs zum Wort gekommen, die auch auf die Entschließungen der Regierung nicht ganz ohne Einfluß hätte sein können. Zu dieser Vermuthung ist man um so eher berechtigt, wenn es sich bestätigen sollte, daß Herr von Linden gegen die definitive Ablehnung war und wenigstens noch ein längeres Temporisiren empfahl, daß der Finanzminister, der von Anfang an geschwankt haben soll, schließlich gar nicht mehr gefragt wurde, und nur die Herren v. Hügel und v. Neurath — also der österreichische Einfluß — die Entscheidung durchsetzten.

Inmitten solcher Schwankungen, welche den Wunsch nach einer Ausöhnung der bestehenden Gegensätze nahe legen mußten, erfolgten die Wahlen zum Münchener Handelstag. Württemberg hatte vermöge seiner Organisation in Handelskammern nur über wenige Stimmen zu verfügen, und unter seinen Abgeordneten befanden sich keine hervorragenden Capacitäten. Im Allgemeinen gehörten sie einer Richtung an, welche am liebsten vermittelt hätte und im Interesse des Zollvereins schon zu einigen Opfern bereit gewesen wäre. Allein in München war kein Ort für Compromisse. Bei dem principiellen Charakter, den die Verhandlungen mit Recht annahmen, sahen sie sich den Boden unter den Füßen entzogen und gingen haltlos auseinander. Nur bei der ersten Abstimmung über den weitestgehenden Antrag, auf unbedingte Durchführung des Handelsvertrags lautend, stimmten alle Würtemberger mit der Minderheit. Bei den Resolutionen über das Verhältniß zu Oestreich und über die Reorganisation des Zollvereins fiel ein Theil von der österreichischen Fahne ab. Wie schwankend und im Grunde zufällig das Botum der Würtemberger war, zeigt sich am sprechendsten daran, daß der Vertreter der Stuttgarter Handelskammer jedes Mal mit der Minderheit, der Vertreter des Stuttgarter Handelsvereins mit der Mehrheit stimmte, zwei Abgeordnete, die doch gewiß identische Interessen zu vertreten hatten.

Wichtiger ist das Ergebnis, welches der mit so großer Spannung erwart-

tete Handelstag überhaupt gehabt hat, und welches mit dem Gewicht einer objectiven Thatsache auf die Behandlung der Frage in den einzelnen Ländern wieder zurückwirken muß. Unbefangene Betrachtung wird ihm in doppelter Beziehung ein wesentliches Verdienst nicht absprechen können. Einmal hat er gezeigt, wie richtig die Voraussicht derer war, welche seiner Zeit Bedenken getragen hatten, den Handelstag des Zollvereins zu einem Handelstag des bundestäglichen Deutschlands auszu dehnen. Getrennte Zoll- und Handelsgebiete haben andere Interessen, ihre Vertreter stehen nicht auf einem gemeinsamen Boden, und die Gefahr liegt nahe, daß gemeinsame Berathung eher verwirrend als klärend wirke. Mit den Hansestädten ist es doch insofern ein anderer Fall, als sie als „die Freihäfen des Zollvereins“ nicht ein selbständiges großes Handelsgebiet hinter sich haben, wie dies mit Oestreich der Fall ist. Es machte einen eigenen Eindruck, bei der Discussion über einen auswärtigen Vertrag des Zollvereins, über sein künftiges Verhältniß zu Oestreich, über seine innere Organisation, also lauter Fragen, die der Zollverein unter sich selbst auszumachen hat, eine große Anzahl Nichtvereinsmitglieder mitberathen und stimmen zu sehen. Es ist schwerlich der richtige Weg zur Einheit, die schon vorhandenen Ansätze zur Einigung zu ignoriren oder zu neutralisiren zu Gunsten einer idealen, erst zu schaffenden, bis jetzt noch aller und jeder thatsächlichen Grundlagen entbehrenden Einheit.

Das andere Ergebniß ist das, daß der Handels- und der höhere Gewerbestand des Zollvereins mit sehr überwiegender Mehrheit sich für den Vertrag mit Frankreich, für bloße Zollenerweiterung mit Oestreich, für Centralisation der Zollvereinsverfassung ausgesprochen hat. Nur bei der auf unbedingtes Zustandekommen des Handelsvertrags gerichteten Resolution waren die Stimmen nahezu gleich getheilt. Bei den anderen Anträgen waren es viel geringere Minoritäten, von welchen man noch überdies die Vertreter der Nichtzollvereinsländer abziehen muß, um zu einem Resultat zu gelangen.

Die preußische Regierung hat also — dies ist der wichtigste Punkt — für die Durchführung ihrer Handelspolitik nicht bloß die einstimmige Unterstützung ihres Parlaments, sie hat auch die überwiegende Mehrheit der zollvereinsländischen Bevölkerung für sich. Die Ehre Preußens ist engagirt, dies Wort wurde oft genug in München gesprochen. — Hoffentlich bleibt es kein leeres Wort. Ist aber die preußische Regierung ernstlich zur Behauptung ihres Standpunktes entschlossen, so wird sie bald die Erfahrung machen, daß die Grundbedingung hierfür eine Reform der Zollvereinsverfassung im Sinn eines einheitlichen parlamentarischen Organismus ist. Es wird sich weiter zeigen, daß diese Grundbedingung sich nicht durchführen läßt, so lange die Regierung Preußens mit ihrer Volksvertretung und mit der öffentlichen Meinung Deutschlands im Kampfe liegt.

Hieran knüpfen sich zunächst die Hoffnungen der nationalen Partei. Auf dieses Ziel wird auch in der nächsten Zeit vorzugsweise ihre Thätigkeit gerichtet sein müssen.

## Eine Episode aus dem nordamerikanischen Kriege.

Reisefskizzen von C. M.

(Fortsetzung.)

Die Grabesruhe eines Kirchhofes läßt den Uebergang zum Leben doppelt frisch empfinden, wie ja überhaupt der Gegensatz der Eindrücke ihre Wirkung bedingt. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist bekanntlich nur ein Schritt, und so hatte denn auch der Zufall auf jener öden Insel Südearolinas diese beiden Gegensätze zu einem Bilde vereinigt, das trotz seines ernstesten Grundtones von sehr komischer Wirkung war. Der Ort nämlich, welcher in uns durch seine eigenthümliche Verlassenheit eine wehmüthig schauerliche Stimmung angeregt hatte, diente zugleich einem überraschend praktischen Zwecke, der das ästhetische Bewußtsein seines Urhebers keineswegs als exaltirt erscheinen ließ: die Palmettos und Pinien, welche die traurigen Gräber der gefallenen Krieger dürrig beschatteten, trugen zugleich Wäsche aller Art, und zu meinem größten Erstaunen sahen wir sogar einen Unterrock sich melancholisch an dem schlanken Blatte einer Palme wiegen. Der dunkle Rauch, welcher hinter den Bäumen aufstieg, zeigte uns die Stelle an, wo wir den genius loci zu suchen hätten; ein schmaler Fußpfad führte uns an der entgegengesetzten Seite, von wo wir eingetreten waren, wieder ins Freie, und hier bot sich unsern Augen ein Stillleben, das allerdings seltsam genug mit dem Eindruck des Ortes, welchen wir soeben verlassen hatten, contrastirte. — Die Rauchsäule stieg aus einer Hütte empor, die von Bretern und Zweigen leicht zusammengeflochten war und ungefähr 6—8 Fuß im Geviert messen mochte. An der einen Seite stand ein richtiger Vollblutnigger vor einem Waschtroge und arbeitete im Schweiß seines Angesichts auf die unglücklichen Fabrikate los, die er unter den Händen hatte, während seine Frau, eine hübsche Mulattin und rechtmäßige Besitzerin des vorerwähnten Unterrocks, auf der Schwelle saß und mit einem niedlichen Pudel spielte. Erstaunt über das Geräusch, welches unsere Annäherung verursacht hatte, sahen sie beide